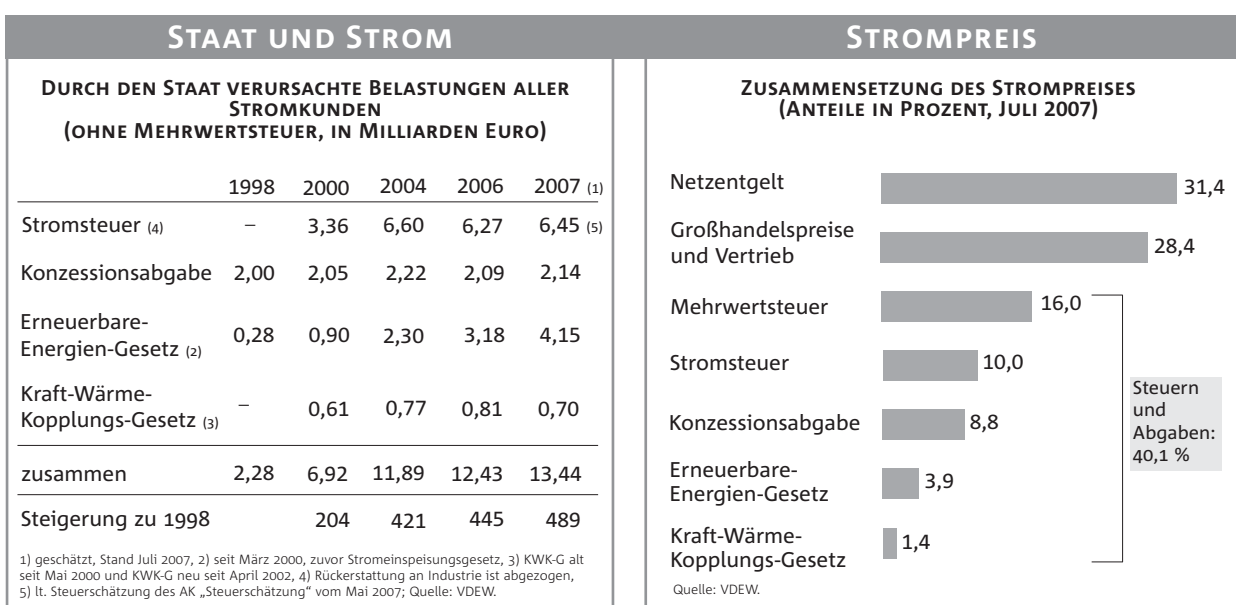


Strompreis

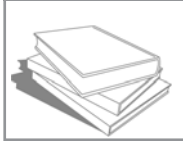
Auf 13,4 Milliarden Euro belaufen sich laut Elektrizitätswirtschaft in diesem Jahr Stromsteuer und Abgaben, die auf die Stromrechnungen von Haushalten und Unternehmen aufgeschlagen werden. Die Stromsteuer, auch Ökosteuern genannt, wurde 1999 eingeführt, um einen sparsameren Verbrauch der Energie zu fördern. Zu den Abgaben zählen die Konzessionsabgaben für die Gemeinden sowie Umlagen zur Förderung der erneuerbaren Energien und

der Kraft-Wärme-Kopplung. Die Konzessionsabgabe wird an Städte und Gemeinden als Gegenwert für die Benutzung des öffentlichen Verkehrsraumes der Kommune gezahlt. Nach dem Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG) sind die Stromversorger verpflichtet, aufwendig, unter Umständen auch unrentabel erzeugten Strom aus erneuerbaren Energien in ihr Netz einzuspeisen und an ihre Kunden weiterzuverkaufen.

In den 13,4 Milliarden Euro noch nicht enthalten sind weitere 4,3 Milliarden Euro Mehrwertsteuer von privaten Haushalten, die diese nicht überwälzen können. Insgesamt setzt sich die Stromrechnung eines durchschnittlichen Haushaltes somit zusammen aus rund 30 % für die Energieerzeugung, 30 % Netzentgelt (umfasst die Vorhaltung und den Betrieb des Netzes) und 40 % Staatsanteil. 1998 hat dieser noch bei 25 % gelegen. ■



LEKTÜRE-TIPP



Alan Greenspan: Mein Leben für die Wirtschaft, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2007, 596 Seiten, 24,90 Euro.

19 Jahre lang war Alan Greenspan als Präsident der amerikanischen Notenbank Fed einer der mächtigsten Männer der Welt. Wenn eine solch gewichtige Persönlichkeit nun im Alter von 81 Jahren seine Lebenserinnerungen herausgibt, darf sich der Leser auf eine fesselnde Zeitreise durch die US-amerikanische Geschichte von den siebziger Jahren bis in die Gegenwart gefasst machen. Und in der Tat: Der Mann, der jahrelang für verklausulierte Kommentare bekannt und berüchtigt war, schreibt nicht nur in einer verständlichen und anregenden Sprache, er gewährt auch einen spannenden Einblick in die Welt der Wirtschaft, der Finanzen und der Politik, offenbart aber auch zahlreiche private Anekdoten und Hintergründe. Wenig verwunderlich, dass Greenspan seine teilweise stark kritisierte Zinspolitik nach dem 11. September nachträglich rechtfertigt; insgesamt aber handelt es sich bei diesem Buch um eine alles andere als unreflektierte Heldeninszenierung. Um Selbstironie ist auch Greenspan nicht verlegen. ■

Weltwirtschaftsbericht des IWF

In seiner neuen Ausgabe des Weltwirtschaftsberichts weist der Internationale Währungsfonds (IWF) darauf hin, dass die meisten Menschen in der Welt heutzutage besser als noch vor zwei Jahrzehnten leben, die Ungleichheit in der Einkommensverteilung in vielen Ländern und Regionen allerdings zugenommen habe. Der Einkommenszuwachs sei auch der ärmsten Bevölkerungsschicht zugute gekommen, wird ausdrücklich betont. Ihnen gehe es besser als früher, wenngleich die Einkommen der verhältnismäßig Wohlhabenden noch schneller gestiegen seien. Gründe für die zunehmende Ungleichverteilung gibt es mehrere, an erster Stelle der technische Fortschritt. Er mache die Arbeit gut ausgebildeter Fachkräfte wertvoller, was sich dann wiederum auch in deren Löhnen und Gehältern niederschläge. Eine ähnliche Konsequenz zeitige der Anstieg ausländischer Direktinvestitionen; auch hier steige der Wert gut qualifizierter Arbeitskräfte. Menschen mit einem geringen Qualifikationsgrad hingegen würden meist nicht von den ausländischen Unternehmen beschäftigt. Um die Gewinne der Globalisierung gleichmäßiger zu verteilen, setzt sich der IWF insbesondere für eine Verbesserung der Aus- und Fortbildungsmaßnahmen ein. ■

Krankenhäuser in Bedrängnis

Nach Angaben des Deutschen Krankenhausinstituts würden in diesem Jahr gerade noch einmal vier von zehn Krankenhäusern einen Gewinn erwirtschaften, dagegen fast 30 % einen Verlust ausweisen. Im Vorjahr hatte immerhin noch mehr als die Hälfte der Kliniken einen Überschuss erwirtschaftet. 42 % der 2.100 Krankenhäuser sehen auch dem kommenden Jahr mit Unbehagen entgegen und befürchten eine weitere Verschlechterung ihrer Lage. Als Grund für die Misere werden steigende Personalkosten, Steuererhöhungen und eine unzureichende Vergütung der Kassen genannt. Allein der letztjährige Tarifabschluss für die Ärzte kostete die Kliniken 1,5 Milliarden Euro, stellt der Bericht des Krankenhausinstituts fest. Hinzu kämen Belastungen aus der Gesundheitsreform und die höhere Mehrwertsteuer. Demgegenüber stünden nur um 0,64 % gestiegene Bezüge. Schon heute würde für 11 % der Häuser ein Notlagentarif gelten, der Abweichungen vom Tarifrecht zulasse. Wei-

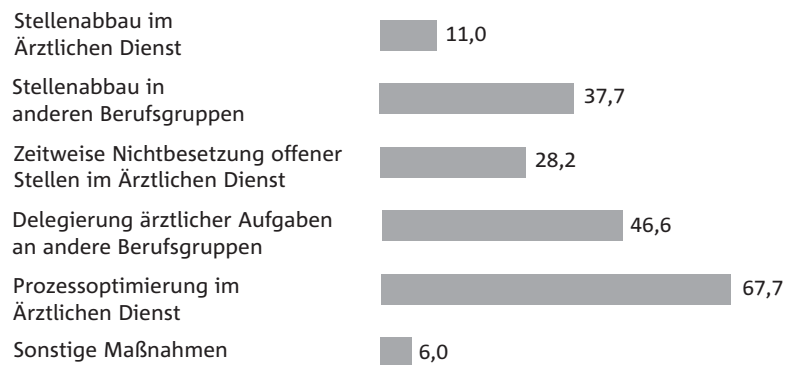
tere 8 % der Kliniken planten solche Abweichungen. Angesichts dieser alarmierenden Zahlen kursieren Spekulationen, wonach bis zu einem Viertel der Krankenhäuser in den nächsten Jahren schließen könnte.

Die Ergebnisse einer Befragung von rund 300 Krankenhäusern bestätigen die Warnungen. Der Umfrage zufolge plant mehr

als ein Drittel der Kliniken einen Stellenabbau im nichtärztlichen Dienst. Und obgleich viele Häuser Mediziner suchen, halten elf von hundert einen Stellenabbau im Ärztlichen Dienst für unvermeidbar. Fast 30 % wiederum wollen freierwerdende Arztstellen zeitweise nicht mehr besetzen. Mehr als zwei Drittel beabsichtige immerhin, durch Prozessoptimierung Kosten einzusparen. ■

KOSTENDRUCK IN DEN KRANKENHÄUSERN

GEPLANTE MASSNAHMEN INFOLGE DER FINANZIELLEN ENGPÄSSE (ANTEIL DER KRANKENHÄUSER IN PROZENT)



Quelle: Deutsches Krankenhausinstitut (Umfrageergebnisse von 304 Allgemeinkrankenhäusern).

Staatliche Investitionsfonds

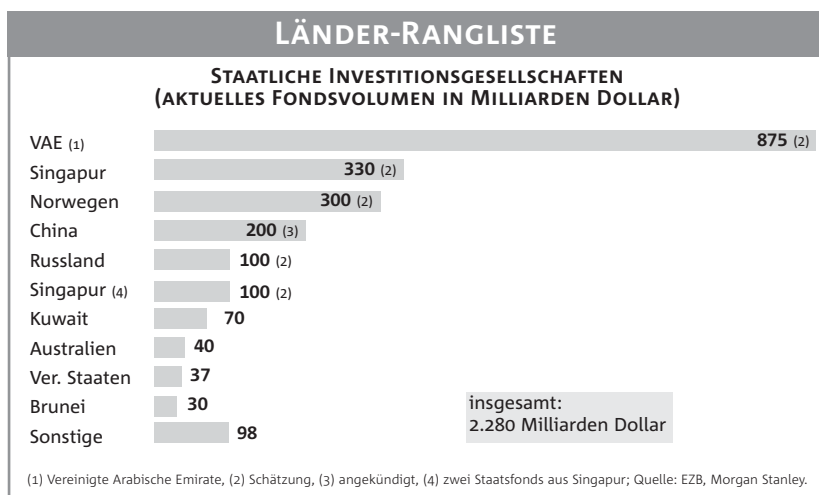
Die Gründung der China Investment Corp. (CIC) hat das Augenmerk der internationalen Öffentlichkeit einmal mehr auf das Thema Staatsfonds gelenkt. Die China Investment Corp. ist eine staatliche Investmentgesellschaft, die einen Teil der gewaltigen Devisenreserven der Volksrepublik weltweit anlegen soll. Mit der Gründung der CIC folgt China dem Vorbild zahlreicher anderer Länder, die schon länger einen Teil ihrer durch Exportüberschüsse erwirtschafteten Währungs-

reserven global in Aktien, Immobilien und andere Anlagen mit höheren Renditen anlegen – und nicht nur in vergleichsweise ertragsschwache amerikanische und europäische Staatsanleihen. Das Gesamtvolumen dieser Fonds wird aktuell auf 2,3 Billionen Dollar geschätzt und könnte 2015 schon 12 Billionen Dollar betragen.

Inwieweit Staatsfonds wie die CIC neben ihrem Ziel, die Rendite der Devisenreserven zu erhö-

hen, auch andere – industriepolitische – Absichten verfolgen, ist zurzeit Gegenstand der Diskussion in Europa und in den USA. Vielerorts wird die Befürchtung geäußert, die Staatsfonds von Schwellenländern wie China oder Russland könnten in erster Linie politischen Motiven gehorchen und ihren Reichtum dazu nutzen, Beteiligungen an strategisch wichtigen Unternehmen im Westen zu erwerben, etwa im Energiesektor oder im Transportwesen. Losgelöst von diesen aktuellen Bedenken hat die deutsche Wirtschaft bislang aber gute Erfahrungen mit Staatsfonds aus Ländern wie etwa den Vereinigten Arabischen Emiraten gesammelt.

Bei ihrer letzten Zusammenkunft haben die führenden Industrienationen (G7) den Internationalen Währungsfonds (IWF) damit beauftragt, die möglichen Folgen von Milliardeninvestitionen der staatlichen Investitionsfonds in Unternehmen der reichen Länder zu analysieren und Wohlverhaltensregelungen zu entwerfen, nach denen sich die Fonds in ihren Anlageentscheidungen richten müssten. ■



FINANZMÄRKTE IM BLICK



Krise noch nicht ausgestanden

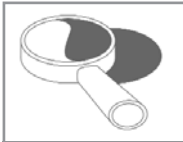
Noch immer ist nicht erkennbar, wie stark sich die Märkte von der noch immer schwellenden Immobilienkrise in den USA und ihren Folgen für das Finanzwesen beeindrucken lassen. Nach der Leitzinssenkung durch die amerikanische Notenbank Fed vor einigen Wochen hatten die Aktienmärkte weltweit zunächst euphorisch reagiert und beispielsweise den Dow-Jones-Index auf einen neuen Rekordwert getrieben. Dieser guten Stimmung lag auch die Hoffnung zugrunde, dass die Immobilienkrise doch nicht so schlimme Folgen wie befürchtet zeitigen würde und die Weltwirtschaft so robust wäre, dass auch eine kurzzeitige Konjunkturschwäche in den USA sie nicht aus dem Tritt bringen würde. Nachdem dann aber einige amerikanische Großbanken enttäuschende Ergebnisse für das dritte Quartal veröffentlicht hatten und die Lage am amerikanischen Immobilienmarkt

sich noch einmal eintrübte, war es mit der guten Laune der Anleger zunächst einmal wieder vorbei. Dämpfend auf die Stimmung wirkte sich auch die Nachricht aus, dass der Ölpreis die 90-Dollar-Marke überschritten hatte.

Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass der US-Dollar weiter unter Druck steht und im Gegenzug der Euro an Stärke hinzugewinnt. Der Zinsvorsprung des Dollars gegenüber dem Euro dürfte tendenziell geringer werden, da sowohl eine weitere Zinssenkung durch die Fed möglich ist als auch eine Zinserhöhung durch die Europäische Zentralbank (EZB) vorstellbar erscheint – zumindest können Worte des Bundesbank-Präsidenten Axel Weber in diese Richtung verstanden werden. Im Augenblick aber dürfte die EZB noch zögern, liegt doch der Zins für

Dreimonatsgeld ohnehin auf einem sehr hohen Niveau. Sollte dieser aber wieder auf ein normales Niveau zurückkommen, wird die EZB genau prüfen, ob Inflationsdruck besteht und gegebenenfalls den Leitzins anheben.

Kritische Worte musste sich die Volksrepublik China gefallen lassen. In der Abschlusserklärung der G7-Finanzminister und Notenbankchefs wurde Peking ermahnt, angesichts seines hohen und steigenden Überschusses in der Leistungsbilanz sowie der hohen Inflationsrate die Aufwertung seines Wechselkurses zuzulassen. Bislang stellt die chinesische Notenbank durch permanente Interventionen sicher, dass der Yuan unterbewertet bleibt. In 26 Monaten, seitdem er im Juli 2005 an einen Währungskorb gebunden wurde, hat der Yuan gegenüber dem US-Dollar gerade einmal 9 % an Wert gewonnen. ■



IM FOKUS

Wirtschaft und Sport – Unternehmen Fußball-Bundesliga

Die Deutschen lieben den Fußball – und mit ihm vor allem die Fußball-Bundesliga. Diese sorgt aber nicht nur jede Woche für Spannung, Dramatik und spektakuläre Tore, sondern ist zugleich auch ein florierendes Wirtschaftsunternehmen. Können die deutschen Vereine auch in sportlicher Hinsicht oftmals nicht mit ihrer Konkurrenz aus den anderen großen Ligen mithalten, in puncto Wirtschaftskraft muss sich die Bundesliga nicht verstecken.

Der Fußball boomt in Deutschland – und das nicht erst seit der Fußball-Weltmeisterschaft im vergangenen Jahr. Der Zuschauerschnitt in der ersten Bundesliga liegt mit ca. 38.000 Besuchern pro Begegnung doppelt so hoch wie noch vor 20 Jahren und wird in Europa von keiner anderen Liga erreicht. Entscheidend mit dazu beigetragen haben zweifellos die vielen modernen Arenen, die im Vorfeld der Weltmeisterschaft entstanden sind und gerade für Familien einen sehr viel größeren Komfort bieten als die alten Stadien. Auch die erschwinglichen Eintrittspreise dürften eine Rolle spielen. Der durchschnittliche Ticketpreis in der Bundesliga liegt bei 19 Euro und ist damit deutlich niedriger als beispielsweise in England oder in Spanien.

Einnahmequellen

Die Haupteinnahmequelle der Vereine ist aber nicht der Verkauf der Eintrittskarten, wengleich hier in der jüngsten Vergangenheit aufgrund des starken Besucherzulaufs und der deutlich gestiegenen Erlöse aus der Vermarktung von Logen und Business-Seats die größten Zuwächse erzielt werden konnten. In der Saison 2005/2006 blieben die Werbeeinnahmen (28 %) der wichtigste Ertragsbringer, vor den TV-Einnahmen (25,21 %) und dem Umsatzanteil, den die Vereine an den Spiel-

tagen in ihren Stadien erwirtschafteten (23,46 %). Das Geschäftsmodell Profi-Fußball in Deutschland basiert damit auf einem breiten und ausgewogenen Einnahme-Mix und unterliegt nicht einseitigen Abhängigkeiten. Die übrigen europäischen Top-Ligen erzielen ihre Erträge dagegen vor allem aus der TV-Vermarktung. Spitzenreiter in der Saison 2004/05 war in dieser Hinsicht die italienische Serie A (55 % des Gesamtumsatzes); die anderen großen europäischen Ligen lagen alle zwischen 40 und 49 %.

Die Attraktivität des Fußballs in Deutschland bzw. des Bundesliga-Fußballs wird nicht zuletzt an den Werbeeinnahmen deutlich, die die Vereine in den letzten Jahren erzielen konnten. Die Bundesliga war in dieser Hinsicht sehr viel erfolgreicher als die anderen Ligen. Mehr noch: In den vergangenen Jahren sind die Werbeerlöse des Profi-Fußballs deutlich stärker gewachsen als der Werbemarkt insgesamt.

Alles in allem liegt die Bundesliga mit ihrem Gesamtertrag von 1,287 Milliarden Euro (Saison 2005/06) in Europa auf einem respektablen dritten Platz, hinter der Premier League in England mit 1,974 Milliarden Euro (Saison 2004/05) und der italienischen Serie A (1,336 Milliarden Euro), aber noch vor der spanischen Primera Division, die 2004/05 auf einen Gesamt-

ertrag von 1,029 Milliarden Euro kam.

TV-Gelder

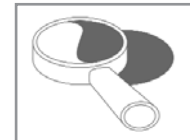
Besonders signifikant sind die Unterschiede zwischen der Bundesliga und den anderen großen Ligen im Bereich der TV-Einnahmen. Das Tochterunternehmen des im Jahr 2000 ins Leben gerufenen Ligaverbandes, die Deutsche Fußball Liga GmbH, zählt zu ihren Hauptaufgaben die Vermarktung der Bundesliga und 2. Bundesliga im In- und Ausland. Mit dieser Aufgabe konnte sie betraut werden, weil sich die Vereine auf die zentrale Vergabe der Medienrechte geeinigt hatten – im Gegensatz etwa zur spanischen Primera Division, wo die Vereine die Spiele selbst vermarkten können. Im Rahmen eines solidarischen Verteilerschlüssels profitieren in Deutschland auch die schwächeren Clubs der ersten und der zweiten Liga von den in den letzten Jahren gestiegenen TV-Einnahmen. Der Abschluss der letzten TV-Verträge im Dezember 2005 bringt dem Ligaverband in den Spielzeiten 2006/07 bis 2008/09 immerhin die Rekordsumme von 1,32 Milliarden Euro ein. Damit liegt die Bundesliga zwar deutlich hinter der Premier League und den anderen großen Ligen. Dafür aber können die Fernsehzuschauer am Samstag, dem Bundesligahaupttag, bewegte Bilder im öffentlichen Fernsehen schon 75 Minuten nach Spielende sehen.

ANTEIL AM UMSATZ

ANTEIL DER ERTRAGSKATEGORIEN AM UMSATZ IM ZEITABLAUF (IN PROZENT)

	2002/2003	2003/2004	2004/2005	2005/2006
Spiel	16,13	18,99	18,08	23,46
Werbung	29,58	30,54	27,86	28,00
TV	31,77	26,73	25,05	25,21
Transfer	2,60	2,93	3,72	7,18
Merchandising	3,77	3,98	3,81	4,41
Sonstiges	16,15	16,83	21,48	11,73

Quelle: Bundesliga-Report 2007 (DFL).



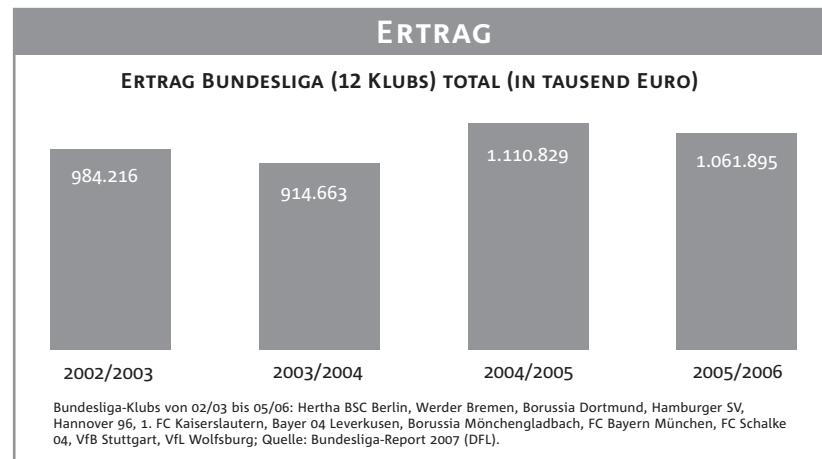
IM FOKUS

Ab der Saison 2009/10 wird der Unternehmer Leo Kirch, fünf Jahre nach dem Zusammenbruch seines Medienimperiums, mit seiner neugegründeten Firma Sirius als Zwischenhändler die Medienrechte an der Fußball-Bundesliga vermarkten, ohne sie allerdings zu erwerben. Zudem soll eine Gesellschaft gegründet werden, die fertige Bundesliga-Programme erstellen und den Bezahl-Sendern anbieten soll. Um die Auslandsvermarktung voranzubringen, ist ferner die Gründung einer Gesellschaft zur Vermarktung der Auslandsrechte vorgesehen. Die DFL erwartet eine Steigerung des Medienumsatzes auf rund 3,45 Milliarden Euro zwischen 2009 und 2015.

Vereine und Kapitalgesellschaften

Viele der Profiklubs der ersten und der zweiten Liga sind inzwischen Kapitalgesellschaften – häufig in der Rechtsform einer GmbH & Co. KGaA. Dies bedeutet aber nicht, dass externe Investoren die Geschicke des Klubs nach ihren Vorstellungen bestimmen können. Die Statuten der Vereine sehen vor, dass die Klubs in den ihnen vorgeschalteten Kapitalgesellschaften stets die Mehrheit der Stimmrechte halten. Hierfür gilt die Formel „50 Prozent plus x“.

Nicht nur, dass sich unter den eingetragenen Vereinen inzwischen auch viele Kapitalgesellschaften eingereiht haben; bei den Fußball-Klubs der Bundesliga und der



2. Bundesliga handelt es sich inzwischen um mittelständische Wirtschaftsunternehmen, die einer Stadt oder einer Region mitunter sehr viel Strahlkraft verleihen können. Insgesamt stehen bei den 36 Vereinen und Kapitalgesellschaften der beiden Ligen 3.419 Vollzeitangestellte, 778 Teilzeitangestellte und 4.589 Aushilfskräfte in einem direkten Arbeitsverhältnis (Saison 2005/06). Damit sind die Profi-Vereine auch als Steuerzahler keine vernachlässigbare Größe mehr. Die Bedeutung als Wirtschaftsfaktor wird zudem deutlich, wenn man die für die Konjunktur wichtigen Bauinvestitionen der Klubs betrachtet. So gaben die 36 Vereine im Vorfeld der Weltmeisterschaft gemeinsam mit ihren Partnern mehr als zwei Milliarden Euro für die Modernisierung oder den Bau der Stadien aus.

Im Unterschied zu den Vereinen der an-

deren großen Ligen haben die deutschen Klubs es verstanden, die Personalkosten in einem alles in allem noch moderaten Rahmen ansteigen zu lassen. In Relation zum Gesamtertrag blieben sie für die Bundesliga-Profis in der Saison 2005/06 erneut unter der 40-Prozent-Marke. Die englische Premier League kommt dagegen auf eine Quote von 59 %, die spanische Primera Division auf 64 % und die italienische Serie A auf 62 %. Den Bundesliga-Klubs ist es durch diese Mäßigung gelungen, ihr Eigenkapital in den letzten Jahren kontinuierlich zu erhöhen. Auch andere Zahlen sind erfreulich: Insgesamt haben in der Saison 2005/06 12 von 18 Erstliga-Klubs schwarze Zahlen geschrieben, also ein positives Ergebnis nach Steuern ausgewiesen. ■

FRAGEN UND DISKUSSIONSSTOFF

- Schildern Sie anhand des Beispiels der TV-Übertragungsrechte für den Bundesliga-Fußball, wie ein Markt funktioniert. Wer sind die Anbieter und welche Interessen haben sie, wer sind die Konsumenten, welches Gut wird gehandelt und wie drückt sich die Nachfrage aus?
- Versetzen Sie sich in die Lage eines Unternehmens, das mit dem Gedanken spielt, sich im Sport-Sponsoring zu betätigen. Was könnte für ein derartiges Engagement sprechen, was dagegen? Listen Sie die Vor- und Nachteile auf.

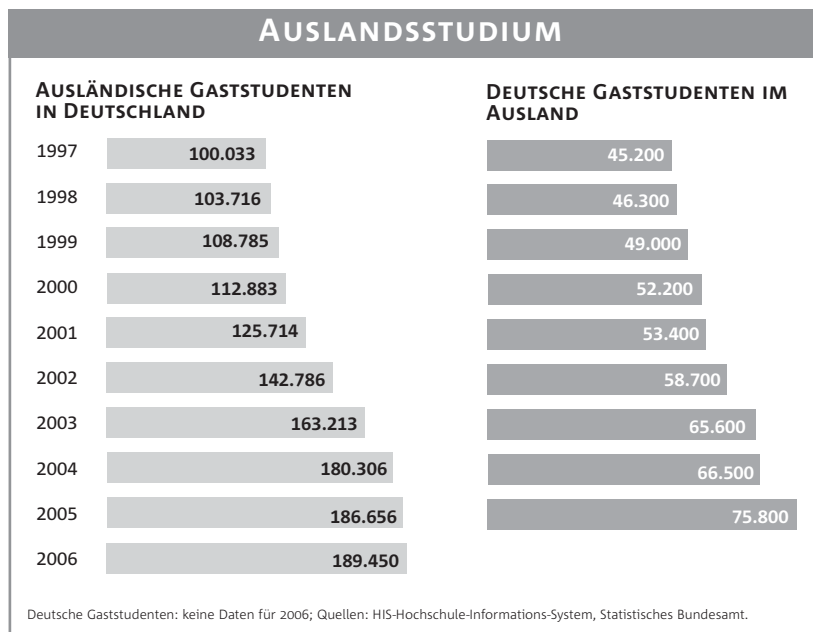
Ein Fußballklub als Aktie

Der bislang einzige Börsengang eines deutschen Bundesligisten war alles andere als eine Erfolgsgeschichte. Schon als Borussia Dortmund im Oktober 2000 13,5 Millionen Aktien zu einem Ausgabekurs von 11 Euro emittierte, diente das Geld vor allem der Schuldentilgung. In den neunziger Jahren war man zwar sportlich von Erfolg zu Erfolg geeilt, hatte sich aber auch eine teure Mannschaft zusammengestellt. Als dann der sportliche Erfolg wegblieb, hatte sich ein gewaltiger Schuldenberg in Höhe von 120 Millionen Euro aufgetürmt, der im Jahr 2005 beinahe das Aus für den ruhmreichen Verein bedeutet hätte. Der Aktienkurs liegt gegenwärtig unter 2 Euro.

NÄCHSTEN MONAT IM FOKUS: IWF UND WELTBANK – DIE ZUKUNFT SCHON HINTER SICH?

Hochschulausbildung

Die Zahl der ausländischen Studenten in Deutschland ist in den vergangenen zehn Jahren um knapp 90 % angestiegen, sodass 2006 fast 190.000 Gaststudenten aus dem Ausland an deutschen Universitäten eingeschrieben waren. Die zahlenmäßig größte Gruppe bildeten dabei die Chinesen – 26.000 haben den Weg nach Deutschland gefunden. Mit jeweils mehr als 12.000 Studenten rangierten Bulgaren und Polen auf den Plätzen zwei und drei. Die wachsende Beliebtheit deutscher Universitäten hängt auch damit zusammen, dass das Studium in Deutschland wesentlich günstiger ist als in den USA oder in Großbritannien, wo zum Teil sehr hohe Studiengebühren zu entrichten sind. Das wiederum hält aber auch deutsche Studenten nicht davon ab, ins Ausland zu gehen. Ihre Zahl ist ebenfalls angestiegen, liegt mit 75.800 im Jahr 2005 aber deutlich niedriger als die Zahl ausländischer Studierender in Deutschland. ■

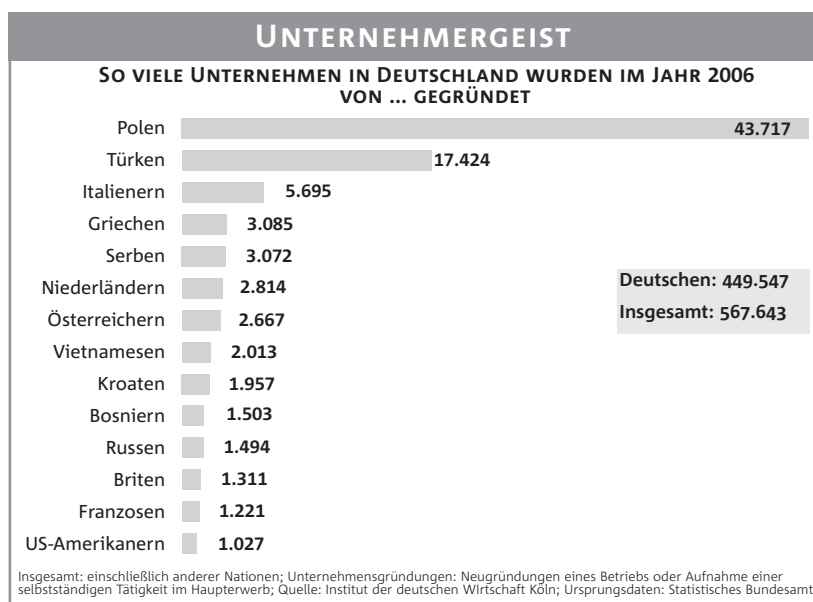


Ausländische Existenzgründer

Ausländische Staatsbürger betätigen sich rege als Unternehmensgründer in Deutschland. Im vergangenen Jahr lagen dabei die Polen mit Abstand an der ersten Stelle. Fast 8 % aller (inländischen und ausländischen) Neugründungen entfielen auf Personen aus dem östlichen Nachbarland – und dass, obgleich Bürger mit polnischem Pass in Deutschland nur 0,4 % der Bevölkerung ausmachen. Insbesondere das Handwerk zieht polnische Firmengründer an. Ein wesent-

licher Grund für die polnische Gründerwelle dürfte in der Abschottung des deutschen Arbeitsmarktes zu finden sein. Dadurch, dass Deutschland (im Gegensatz zu manch anderen EU-15-Staaten) den Zuzug von Arbeitskräften aus den neuen Mitgliedstaaten der EU noch immer stark reglementiert,

wählen viele Polen den Schritt in die Selbstständigkeit. Demzufolge rangierten sie auch klar vor den türkischen Existenzgründern. Allerdings befinden sich unter den 17.400 Neuunternehmern türkischer Herkunft nicht jene, die inzwischen einen deutschen Pass haben. ■



Impressum

Herausgeber
Bundesverband deutscher Banken, Berlin

Verantwortlich
Prof. Dr. Wilhelm Bürklin

Redaktion
Dr. Henrik Meyer
Annette Matthies (Assistenz)

Anschrift
Schul|Bank
Postfach 04 03 07 · 10062 Berlin
Telefon (030) 16 63-15 21 · Fax (030) 16 63-15 19

Internet
www.schulbank.de
schulbank@bdb.de